

Chronik



Stadtgeschichtliche Beiträge

Beitrag Schäfer Stadtgeschichte Bd. 3:

„In den nächsten Jahren [gemeint ist die Zeit nach 1985, N.D] zeigte sich die Stadt Coesfeld gegenüber der Ausrichtung und Förderung popkultureller und alternativer Kunstformen aufgeschlossener, eine Entwicklung, die wohl auch damit zu tun hatte, dass seit 1984 die Grünen im Stadtrat vertreten waren. Von August bis Dezember 1988 fanden in Coesfeld eine Reihe von „Kleinkunst“-Veranstaltungen statt, die von der Stadt bezuschusst wurden, die mit ihrer bunten Mischung aus Musik, Kabarett, Theater und Zirkus eine gewisse Nähe zur grün-alternativen Subkultur verrieten. So waren es denn auch die Grünen, die im November 1988 im Kulturausschuss den Antrag stellten, die Werbewirkung der erfolgreichen Veranstaltungen zu nutzen und sie künftig als „Coesfelder Kleinkunstwochen“ fortzuführen. Es könnte sich so wie beim Kommunalen Kino ein Stammpublikum herausbilden. Es sollten aber auch Möglichkeiten experimenteller Aufführungen ohne Rücksicht auf vermeintliche Zuschauerwünsche Berücksichtigung finden. Durch Zahlung fester Honorare könne man unabhängig von tatsächlicher oder zu erwartender Zuschauerzahl Anreize zum Experimentellen schaffen. Der Kulturausschuss folgte, wenn nicht im Detail, so doch im Grundsatz fast einstimmig dem Vorschlag der Grünen und beschloss, im Rahmen eines besonderen Programms in größeren zeitlichen Abständen weiterhin Kleinkunstveranstaltungen durchführen.“

Beitrag Damberg Stadtgeschichte Bd 3:

„Andere Parteiorganisationen

Um die eigene Arbeit auf eine breitere thematische Basis zu stellen, gründete der Ortsverein der SPD am 07. Oktober 1975 neben den Jusos und der AsF eine weitere Arbeitsgemeinschaft, die sich Arbeitnehmerfragen widmen sollte.

Über weitere lokale zielgruppenspezifische Organisationen dachten die Parteien erst Mitte der achtziger Jahre nach. Der Erfolg der neuen politischen Gruppierung „Die Grünen“ hatte entsprechenden Handlungsbedarf signalisiert. Während die SPD sich nach innerparteilichen Diskussionen teilweise an Aktionen der Grünen beteiligte, gründete die CDU 1987 einen eigenen umweltpolitischen Arbeitskreis. Der Wahlkampf 1989 stand dann für die Partei auf lokaler Ebene ganz im Zeichen der sich forcierenden Umweltdiskussion. In einem Kurzprogramm zur Kommunalwahl formulierte man an erster Stelle die Bedeutung für das eigene zukünftige politische Handeln. Am 20. September hielt die CDU in der Stadthalle einen außerordentlichen Kreisparteitag mit dem zuständigen Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer ab. Er referierte über die Bedeutung des Umweltschutzes für Städte und Gemeinden.“



„Die Grünen

1979 hatte sich als erste Organisation auf Kreisebene ein Kreisverband der grünen Bewegung in Lüdinghausen konstituiert. In Coesfeld existierte ab Ende der siebziger Jahre ein Arbeitskreis gegen militärisch bedingten Fluglärm. Er bildete gemeinsam mit den ortsansässigen Verfechtern eines linken Konzeptes zur Gründung des Hauses der offenen Tür und der eher unorganisierten spontanen Anti-Atomkraftbewegung die Keimzelle der späteren grünen Partei. Am 11. Februar 1983 gründete sich in der Reichskrone am Bahnhof der Ortsverband Coesfeld. Die 15 Anwesenden wählten einen Gründungsvorstand bestehend aus Günther Geuking, Henning Waterkamp, Georg Wüllner, Wilfried Schmitz, Paul Gottheil und Anja Grünkemeyer. Im März des Jahres erarbeiteten sie auf der Basis eines Satzungsvorschlags der Landespartei eine eigene Ortssatzung, die nur unwesentliche Änderungen enthielt. Am 12. April 1983 folgte eine Vollversammlung, die den bestehenden Gründungsvorstand bestätigte. Als Referenten konnte man den Kandidaten für den nordrhein-westfälischen Landtag, Otto Schily, gewinnen. Er hielt ein Referat über den Persönlichkeitsschutz und die Gefahren der gerade viel diskutierten Volkszählung.

Die Grünen rekrutierten sich also schon in der Gründungsphase im Gegensatz zu den anderen Parteien vornehmlich aus jungen Akademikern und Lehrern - einer Klientel, die ihr trotz wachsendem Durchschnittsalter über die kommenden 15 Jahre treu bleiben sollte. Vor allem die Mitglieder aus dem studentischen Milieu brachten eine starke Fluktuation in die Ortspartei. Die Frage des Mandats für den Rat war ähnlich wie auf Kreis- und Landtags Ebene nicht an die Mitgliedschaft in der Partei gebunden. Deshalb konnte sie trotz ihrer relativen Mitgliedsschwäche immer wieder alle Coesfelder Wahlkreise mit Kandidatinnen und Kandidaten besetzen. Das Verhältnis von Männern und Frauen entwickelte sich von 24 zu 7 (1984) auf 16 zu 11 (1999) und näherte sich der für Mandate schon lange geforderten und durchgeführten geschlechtsspezifischen Parität an.

Schnell tauschte sich die Gründergeneration aus. Vielfach bedingte die unterschiedliche politische Sozialisation, zum einen ehemalige Jusos mit Parteierfahrung, zum anderen Anhänger der Spontibewegung, den innerparteilichen Umgang nicht nur auf Bundes- oder Landesebene, sondern gerade auch in Coesfeld. Inhaltlich wandte man sich den kommunalen Folgen von Umweltzerstörung, den Transporten von radioaktivem Material nach Ahaus und lokalen Abrüstungsbestrebungen des Standortes Coesfeld zu.

Die noch nicht gefestigte Parteistruktur führte schnell zu personellen Bewegungen. Der eher pragmatisch orientierte Geuking trat noch während seiner ersten Amtsperiode in Stadtrat und Kreistag aus der Partei aus, behielt aber sein Mandat bei. Nach den Kommunalwahlen 1989 gehörte nur noch Peter Jansen zur 1984 gewählten Fraktion – Henning Waterkamp trat dann in der laufenden Wahlperiode Jansens Nachfolge an, verließ aber ebenfalls die Partei und blieb bis 1999 fraktionsloses Mitglied des Rates.

Stadtratswahlen Coesfeld 1975 - 1994

	1975		1979		1984		1989		1994	
	Stimmen	Sitze								
CDU	11620	30	9159	25	8881	25	8530	23	10599	25
SPD	4854	12	5819	16	4694	13	5450	14	7189	16
FDP	1179	3	1439	4	724	-	931	2	841	-
Zentrum	680	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grüne	-	-	-	-	1415	4	1116	3	1993	4
UWG	-	-	-	-	1165	3	1110	3	973	-
Beteiligung	89,09%		74,61%		71,02%		69,45%		84,59%	

„Die Wahlen von 1984 markierten einen besonderen politischen Wendepunkt. Der Trend zur Fokussierung auf die bundesweit aktiven Parteien CDU, SPD und FDP wurde bei dieser Wahl erstmals durchbrochen. Zwei neue Parteien konnten sich mit den Grünen und der UWG für mindestens zwei Wahlperioden im Stadtparlament etablieren, während das Zentrum endgültig eine Absage erhielt. Ein Jahr später, im Vorfeld des Landtagswahlkampfes 1985, dokumentierte ein gemeinsamer Stand von SPD und Christlicher Arbeitnehmerjugend (CAJ), der Jugendorganisation in der KAB, was allgemein schon zuvor konstatiert wurde: Die konfessionelle Parteienbindung brach an den linken Rändern ein; gleichzeitig mit der innergesellschaftlichen Säkularisierung begann eine neue Wertediskussion, die durch die Existenz der Grünen und von ihr angestoßen wurde. Außerdem standen die Grünen auch auf lokaler Ebene für neue Aktionsformen politischer Parteien.“